



## Anmeldung für den zweiten Wahlgang (Wahlvorschlag gemäss § 29a GPR)

Zu wählende Behörde / Kommission	
Wahlgang vom	
Partei / Gruppierung, welche die Anmeldung einreicht	

### Kandidatin / Kandidat

Familienname, Vorname	Geburtsjahr	Adresse (Strasse, Nr.)	Heimatort(e)	Partei
Tel. :		E-Mail:		

bisher  neu

### Unterzeichnerinnen / Unterzeichner (mindestens 10)

Die Stimmberechtigten müssen **ihren Namen und Vornamen eigenhändig und leserlich** auf die Unterschriftenliste setzen sowie zusätzlich **ihre eigenhändige Unterschrift beifügen**. Geburtsjahr und Adresse dürfen von fremder Hand oder mit Schreibmaschine/Computer ausgefüllt sein. Schreibunfähige können die Eintragung ihres Namens durch eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl vornehmen lassen.

Vorstehend genannte/r Kandidat/in wird von folgenden Stimmberechtigten für den \_\_\_\_ Wahlgang der zu wählenden Behörde / Kommission vorgeschlagen:

Nr.	Familienname, Vorname	Geburtsjahr	Adresse (Strasse, Nr.)	Eigenhändige Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				

## Wahlannahmeerklärung

Die/der als Kandidatin/Kandidat für den \_\_\_\_ Wahlgang der zu wählenden Behörde/Kommission vorgeschlagene erklärt mit ihrer/seiner Unterschrift unwiderruflich, mit dem Wahlvorschlag einverstanden zu sein und eine allfällige Wahl anzunehmen.

Ort und Datum

Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## Empfangsbestätigung

Die unterzeichnete Amtsperson (Gemeindeschreiber/Gemeindeschreiber-Stv.) bestätigt den Empfang dieser Anmeldung für den \_\_\_\_ Wahlgang.

Ort und Datum

Stempel und Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## Stimmrechtsbescheinigung

Die unterzeichnete Amtsperson (Stimmregisterführerin) bescheinigt hiermit, dass vorstehende \_\_\_\_ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Anmeldung für den \_\_\_\_ Wahlgang in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der Gemeinde Neuenhof AG ausüben.

Ort und Datum

Stempel und Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

---

### Auszug aus dem Gesetz über die politischen Rechte (GPR)

#### § 32 b) Wahlvorschläge

<sup>1</sup> Im zweiten Wahlgang ist nur wählbar, wer innert 10 Tagen nach dem ersten Wahlgang durch mindestens 10 Stimmberechtigte des betreffenden Wahlkreises angemeldet wird. Für die Wahl des Ständerates und des Regierungsrates beträgt diese Frist 5 Tage. \*

<sup>2</sup> Der Anmeldung sind ein Wahlfähigkeitsausweis und eine schriftliche Wahlannahmeerklärung beizulegen.

<sup>3</sup> Die Anmeldungen müssen bei Gemeindewahlen bei der Gemeindekanzlei zuhanden des Wahlbüros und bei übrigen Wahlen bei der Staatskanzlei jeweils bis spätestens 12.00 Uhr eintreffen. \*

<sup>4</sup> Ein Rückzug der Anmeldung ist nicht zulässig.

<sup>5</sup> Die Namen der angemeldeten Kandidierenden sind unmittelbar nach Ablauf der Anmeldefrist in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen und den Stimmberechtigten mit dem Stimmzettel schriftlich zur Kenntnis zu bringen. \*

<sup>6</sup> Bei Wahlen von Bezirksgerichtspräsidentinnen und Bezirksgerichtspräsidenten sind die Namen der Kandidierenden unmittelbar nach Ablauf der Anmeldefrist beziehungsweise der Nachmeldefrist in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen und den Stimmberechtigten mit dem Stimmzettel schriftlich zur Kenntnis zu bringen.

#### § 33 c) Wahl ohne Urnengang, Ergänzungswahl

<sup>1</sup> Sind im zweiten Wahlgang weniger oder gleich viele wählbare Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen, als zu wählen sind, ist mit der Publikation der Namen eine Nachmeldefrist von 5 Tagen anzusetzen, innert der neue Vorschläge eingereicht werden können.

<sup>2</sup> Übertrifft die Anzahl der Anmeldungen nach dieser Frist die Anzahl der noch zu vergebenden Sitze nicht, werden die Vorgeschlagenen von der anordnenden Behörde beziehungsweise vom Wahlbüro als in stiller Wahl gewählt erklärt.

<sup>3</sup> Für allenfalls noch zu vergebende Sitze ist innert 6 Monaten seit dem ersten Wahlgang eine Ergänzungswahl nach den Regeln für den ersten Wahlgang durchzuführen. In begründeten Fällen kann das zuständige Departement auf Gesuch hin eine Fristverlängerung gewähren.